Nr. 55 a
XXVIII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Parlaments-Ausgabe

Berlin
31. Januar 1899

Haus der Abgeordneten.

8. Sitzung vom 30. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: **v. Miquel, Frhr. v. Hammerstein,** Kommissare.

Der Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung.

Die **zweite Berathung des Etats** beginnt mit der **Domänenverwaltung.**

Bei dem Titel **„Ertrag von Domänenvorwerken"** wünscht

Abg. **Hoyermann** (natl.)

eine andere Art der Verpachtung, vor allem aber eine sachgemäße Berücksichtigung der von den Pächtern vorgebrachten Beschwerden.

Landwirthschaftsminister Frhr. **v. Hammerstein-Loxten:**

Ich gebe dem Vorredner vollständig zu, daß auf den Domänenvorwerken eine sachverständige Aufsicht absolut nothwendig ist. Der Abg. Richter hat bei der Generaldiskussion hervorgehoben, daß die Domänenvorwerke schon aus dem Grunde verkauft werden müßten, weil die Domänenräthe ganz ungeeignete Leute wären. Dem muß ich entschieden widersprechen. In Uebereinstimmung mit dem Herrn Minister des Innern wird eine größere Zahl von Assessoren auf den Domänenvorwerken in der praktischen Landwirthschaft ausgebildet. Es fehlt uns daher nicht an sachverständigen Leuten.

Die Einnahmen sowie die dauernden Ausgaben werden **bewilligt.**

Die einmaligen außerordentlichen Ausgaben beantragt die Budgetkommission unverändert zu bewilligen.

Bei dem Titel **„Vermehrung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen"** wünscht

Abg. Dr. **Hirsch** (fr. Vp.),

daß der um 100,000 Mark vermehrte Fonds endlich zu einer durchgreifenden Verbesserung der Arbeiterwohnungen genügen möge. Es wäre wünschenswerth, eine **Enquete** der **Arbeiterverhältnisse** auf den Domänen anzustellen. Auch möchte er anregen, für die **geistigen Bedürfnisse** der Arbeiter zu sorgen.

Präsident **v. Kröcher:**

Ich möchte den Redner darauf hinweisen, daß die Befriedigung geistiger Bedürfnisse nicht zu diesem Titel gehört.

Landwirthschaftsminister Frhr. **v. Hammerstein:**

Wir thun für die Verbesserung der Arbeiterwohnungen, was wir können. Die Art der Einrichtung unserer Arbeiterwohnungen ist aus den Plänen zu ersehen, in die ich den Herren, die sich dafür interessiren, gern Einsicht verstatte. Uebrigens hat die Deutsche Landwirthschaftsgesellschaft ein besonderes Büreau, welches Pläne für solche Zwecke herstellt. Das Ministerium steht mit diesem Büreau in Verbindung. Gleichmäßige Pläne für alle Provinzen lassen sich nicht aufstellen, weil die Bedürfnisse überall verschieden sind, im Westen beispielsweise anders als im Osten. Es kommt darauf an, ob die Arbeiter selbst noch Vieh halten, ob sie eine kleine Ackerwirthschaft betreiben oder nicht. Danach muß sich die Anlage der Wohnungen richten. Eine **Enquete** über die Verhältnisse sämmtlicher ländlichen Arbeiter würde sehr **erheblichen Schwierigkeiten begegnen,** sie ist aber auch **nicht so dringend.** Denn in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik und in sonstigen statistischen Veröffentlichungen finden Sie reichliches Material über diese Verhältnisse. (Beifall.)

Abg. Freiherr **v. Erffa** (kons.):

Meine Partei ist der Meinung, daß der Domänenetat nicht die geeignete Stelle ist, die Arbeiterfrage aufzurollen. Ich will nur betonen, daß viele städtische Arbeiter froh sein würden, wenn sie in der Stadt die gleichen Wohnungen wie auf dem Lande hätten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Gamp** (freik.):

Ich freue mich, daß der Abg. Hirsch sich jetzt eingehend über die landwirthschaftlichen Verhältnisse informiren will. Er erkennt damit an, daß ihm die Verhältnisse bisher völlig fremd waren, besonders die Arbeiterverhältnisse des Ostens. Eine Enquete über die Verhältnisse auf den Domänen würde sich nicht empfehlen und auch garnicht nöthig sein, da der größte Theil des Hauses darüber sehr gut informirt ist. (Zuruf links: Sie haben wohl Angst?) Kommen Sie einmal auf meine Besitzungen und sehen Sie sich die Arbeiterwohnungen an! Vergleichen Sie dann damit die Löcher, in denen die Arbeiter in den Städten hausen! Wir werden ja diese Frage bei Gelegenheit der Interpellation Szmula eingehend erörtern. Der Abg. Hirsch wird sich wohl bis dahin besser informiren, damit die Diskusion einen mehr sachlichen Charakter gewinnt. (Sehr richtig! rechts.) An geistiger Nahrung und an der nothwendigen Erholung leiden unsere Arbeiter keinen Mangel. Allerdings besteht ihre geistige Nahrung nicht in der sozialdemokratischen und freisinnigen Presse. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Hirsch** (fr. Vp.):

Die Ansichten über die landwirthschaftliche Arbeiterfrage sind sehr verschieden. Jedenfalls ist Herr Gamp nicht berufen, mir eine Belehrung über diese Frage zu geben. Ich habe mein ganzes Leben dem Studium der Arbeiterverhältnisse gewidmet, auch der auf dem Lande. Die Anzapfung und der gereizte Ton des Herrn Gamp ist gar nicht am Platze. In den Berichten der vorjährigen Budgetkommission ist viel von den schlechten, ja menschenunwürdigen Arbeiterwohnungen im Osten die Rede. Es ist das sogar von Graf Arnim anerkannt worden. Eine **Enquete** wäre also **durchaus nothwendig,** um uns authentisches und zuverlässiges Material zu liefern. (Beifall links.)

Abg. Freiherr **v. Erffa** (kons.):

Ich habe mich nur gegen die Generalisirung der Frage durch den Vorredner gewendet. In der Abwanderung sprechen noch viele andere Faktoren mit.

Abg. **Gamp** (freik.):

Auf dem Lande sind die Wohnungen nicht schlechter als in den Städten. Mein Kutscher hat zwei zweifenstrige Zimmer. In München wohnen 10 bis 15 Menschen in einem kleinen Zimmer zusammen. Eine Enquete ist unnöthig, denn wenn ich mit meiner geringen Sachverständniß ohne Enquete auskomme, so wird Herr Dr. Hirsch sich gewiß auch ohne eine Enquete behelfen. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. **Szmula** (Ctr.):

Eine Generalisirung der Behauptung halte auch ich für unberechtigt, aber ich will zugeben, daß namentlich in Schlesien noch ziemlich viel menschenunwürdige Wohnungen vorhanden sind.

Abg. Dr. **Hirsch** (fr. Vp.)

bestreitet, daß er die Arbeiterfrage habe generalisiren wollen.

Abg. **Seer** (natl.):

Ich bin 30 Jahre lang Domänenpächter gewesen. Ich hatte 37 Arbeiterwohnungen; 19 habe ich neu gebaut, die übrigen waren gut und solide. Ich kann dem also nicht beistimmen, daß die Domänenverwaltung auf diesem Gebiete es an der nöthigen Fürsorge fehlen ließe. (Sehr richtig!)

Der **Titel** wird **bewilligt,** desgleichen der **Rest des Etats.**

Es folgt der Etat der **landwirthschaftlichen Verwaltung.**

Bei Titel **„Ministergehalt"** bemerkt

Abg. Dr. **Crüger** (fr. Vp.):

Im Lande hat sich eine Bewegung gegen das Genossenschaftswesen, besonders das ländliche, bemerkbar gemacht. Mehrere Handelskammern haben gegen die **Raiffeisenschen Darlehnskassen** und **Konsumvereine** insbesondere Stellung genommen, weil sie ihren Geschäftsbetrieb auf Gebiete ausdehnen, die jenen nicht richtig erscheint. Ich stimme der Forderung einer solchen Beschränkung nicht zu, wenn es sich um selbstständige, auf Selbsthilfe beruhende Genossenschaften handelt. Anders steht es aber, wenn diese Genossenschaften Subventionen und Staatsunterstützungen, sei es in Baar, sei es in der Stellung von Grundstücken und Gebäuden, erhalten. Da haben die Gewerbe- und Handeltreibenden ein Recht zu der Klage, daß ihnen mit Staatshilfe das Leben sauer gemacht würde. Neben den ländlichen Konsumvereinen sind es besonders die Kornhausgenossenschaften — ich erinnere zum Beispiel an die von Halle —, gegen die sich die Beschwerden richten. Ueberdies bedürfen solche Bezugsgenossenschaften kaum der Unterstützung. Mir erscheinen die Reklamationen der Getreidehändler in diesem Falle gerechtfertigt. Eine Entwickelung des ländlichen Genossenschaftswesens, wie sie die Königsberger Betriebsgenossenschaft zeigt, scheint mir schon ein Auswuchs. Es ist von einer Genossenschaft auch zu viel verlangt, wenn sie nicht blos Getreideabsatzgenossenschaft sein, sondern zugleich auch die Müllerei, Bäckerei und Schlächterei betreiben soll. Solche Genossenschaften müssen zu Grunde gehen. Schlimm ist, daß diese Art der Entwickelung von den Landwirthschaftskammern gepflegt wird. Diese Entwickelung der Interessenvertretung ist gefährlich. Auf der einen Seite wollen wir den Mittelstand schützen und ein Gesetz gegen Waarenhäuser erlassen. — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident **v. Kröcher:**

Das Gesetz über die Waarenhäuser gehört denn doch nicht zum Landwirthschaftsministerium! (Zustimmung.)

Abg. Dr. **Crüger** (fortfahrend):

Jedenfalls birgt die staatliche Subventionirung der Genossenschaften die Gefahr der treibhausartigen Entwickelung. Fällt die Subvention, so steht zum Beispiel die Kornhausgenossenschaft auf eigenen Füßen, so fehlen auch die Beschwerden über deren Geschäftsbetrieb. Zugleich würde damit aber auch die Bewegung in gesundere wirthschaftliche Bahnen gelenkt, die wir dem gesunden Kern des landwirthschaftlichen Genossenschaftswesens nur wünschen. (Beifall links.)

Abg. Graf **Strachwitz** (Ctr.):

Der Nothstand der Landwirthschaft ist nunmehr von der äußersten Rechten bis zur Linken anerkannt. Dem Herrn Landwirthschaftsminister müssen wir für seine thatkräftige Fürsorge, besonders für seine objektive Rede im Reichstag unseren besonderen Dank aussprechen. Zu den **drei großen Mitteln** zur Hebung der Landwirthschaft zähle ich: 1. **die Revision der Handelsverträge,** 2. **das absolute Verbot des Terminhandels** und 3. **die Aufhebung der besonderen Lasten,** welche die Landwirthschaft zu tragen hat. Deutschland muß dahin streben, seinen Bedarf an Lebensmitteln durch eigene Produktion zu decken.

Die Arbeiterfrage würde viel von ihrer Bedeutung verlieren, wenn die Landwirthschaft im Stande wäre, ihre Arbeiter besser zu entlohnen. Dazu gehört aber die Voraussetzung, daß die Einnahmen der Landwirthe noch wesentlich steigen müssen. Der Druck, der auf der Landwirthschaft liegt, ist in den einzelnen Landestheilen verschieden. Der Einfluß der Einkommensteuer auf die Landwirthschaft ist entschieden ungünstig. Die Haltung des Centrums in der Polenfrage, die man ja auf der rechten Seite oft antinational genannt hat, konnte indessen nicht, wie prophezeit wurde, die Sitze des Centrums lockern. Das haben ja die letzten Wahlen gezeigt. Zum Schluß möchte ich anfragen, ob die Versuche betreffend die Sanirung der Abwässer Erfolg gehabt haben. Das **Fleisch** muß im Interesse der arbeitenden Klassen immer mehr **verbilligt** werden. Die Landwirthe müssen in Stand gesetzt werden, besseres Vieh zu züchten und in direkte Verbindung mit den Konsumenten zu treten. Sowohl die Seucheneinschleppung, als auch die Seuchenherde im Inlande müssen energisch bekämpft werden. Ein gutes **Fleischschaugesetz** würde diesen Zweck am besten erreichen und auch dem Auslande gegenüber eine vortreffliche Handhabe bieten. (Beifall.)

Abg. Freiherr **v. Eynatten** (Ctr.):

Ich begrüße es dankbar, daß gerade zur Beförderung der Viehzucht und auch der Forstwirthschaft im Ordinarium höhere Beträge eingestellt sind und ebenso im Extraordinarium Mehrbewilligungen für gemeinsame Zucht- und Musteranstalten. Aber sind auch die Viehpreise einigermaßen erträglich, daß wir nur bitten können, sie zu erhalten beziehungsweise noch ein wenig zu steigern, so sind die Getreidepreise doch sehr gesunken. Ob eine Fleischnoth vorhanden ist, weiß ich nicht, wohl aber, daß auf eine möglichst völlige Absperrung der holländischen Grenze gegen Einschleppung der Viehseuchen mehr Gewicht gelegt werden muß. Der Arbeitermangel ist bei uns im Westen eine Kalamität geworden. Die aber verhältnißmäßig noch günstige Konjunktur des Arbeitsmarktes hat zur Begründung von Fabriken in unserer Gegend geführt. Das kann ich nur als einen Ausfluß krassen Egoismus bezeichnen. Der dreizehnjährige junge Bursche sollte übrigens bei solchen Arbeitsverhältnissen nicht in die Schule gezwungen werden, er gehört mehr ins Haus. Der Ausbau des Sekundärbahnwesens ist sehr dankenswerth, aber noch nicht genügend. In der vorigen Session ist ein Entwurf über die Reinhaltung der Wasserläufe gefordert; bisher ist er nicht eingegangen. (Beifall.)

Landwirthschaftsminister Frhr. **v. Hammerstein:**

Ich kann kaum auf alle Fragen eingehen, die der Graf Strachwitz angeregt hat. Dagegen will ich Herrn v. Eynattens Fragen sofort beantworten. Die Frage eines allgemeinen Wassergesetzes ist sehr umstritten und schwierig. Immerhin ist die Frage seit Jahren erörtert, und wir hätten ein solches Gesetz vorlegen können, wäre die Session nicht schon so mit Aufgaben bepackt, daß wir bis zum Juli kaum fertig werden. (Heiterkeit.) Die Bestimmungen gegen Verunreinigung der Flußläufe aber sollten aus einem solchen allgemeinen Wassergesetz herausgehoben und einer provinziellen Regelung zugeführt werden. Die Verhältnisse sind sehr verschieden. Deswegen werden zunächst für einzelne Gebiete Polizeiverordnungen ausgearbeitet werden müssen, die der Provinziallandtag dann verallgemeinern kann. Die Oberpräsidenten könnten später die Vorschläge an mich gelangen lassen, und mein Ministerium würde versuchen, darauf einen allgemeinen Entwurf aufzubauen. Nur so, denke ich, würde ein gutes Gesetz über diese Frage zu Stande kommen. (Zustimmung.)

Abg. Frhr. **v. Erffa** (kons.):

Der Unfug mit der sogenannten Fleischnoth in der freisinnigen Presse nöthigt uns, trotz der großen Niederlage, die der Freisinn und die Sozialdemokratie im Reichstage erlitten haben, noch hier darüber zu sprechen. Ich will dazu folgende Erklärung abgeben: 1. Wir **erkennen keine Fleischnoth** an. 2. Wir **bestreiten** jeden Zusammenhang der **Fleischpreise** mit den **Viehpreisen.** 3. Die **deutsche Landwirthschaft** ist **völlig im Stande,** den **Fleischbedarf** des deutschen Volkes **zu decken.** Eine **Zufuhr** aus dem Auslande ist **unnöthig.** 4. Es ist **keine Ursache** vorhanden, die **Sperrmaßregeln** an der Grenze **abzuschwächen.** Der preußische Städtetag hat auch konstatirt, daß man von einer allgemeinen Fleischnoth nicht reden kann. Ja Oberbürgermeister Fuß-Kiel hat sogar gesagt, man solle sich hüten, die Sperrmaßregeln mit agrarischem Interesse in Zusammenhang zu bringen. Auch auf dem Städtetage hat also der Berliner Fortschritt eine ganz eklatante Niederlage erlitten. (Beifall.) Wie wenig von Fleischnoth die Rede sein kann, beweisen die Preise, die die Dresdener Garnisonverwaltung für das Jahr 1899 mindestens zahlen wird, für das Kilo Rindfleisch 98 Pfennig, für das Kilo Schweinefleisch 1,20 Mark und zwar ohne Knochenbeilage. (Beifall rechts.) Dann habe ich noch eine andere Bitte an den Herrn Minister, sie betrifft das Hauptprodukt meiner Heimathsprovinz: **den Zucker.** Die Zuckerinteressenten meiner Heimath sind durchaus anderer Meinung als der Herr Schatzsekretär v. Thielmann, der meinte, daß eine Gefahr unserer Zuckerindustrie von Amerika in nächster Zeit nicht drohe. Da unterschätzt man doch die kolossalen Geldmittel und den Unternehmungsgeist des großen amerikanischen Zuckertrusts. Besonders in Kalifornien hat die Zuckerproduktion große Fortschritte gemacht, es giebt dort Fabriken, die täglich 40,000 Centner bis 60,000 Centner Rüben verarbeiten, und auf Böden, die man für die Zuckerkultur für untauglich gehalten hat, sind Erten von 180,000—260,000 Centner pro Morgen erzielt worden. Wenn man dazu die Vortheile bedenkt, die Kalifornien durch seinen Viehmarkt hat, so kann man wohl ängstlich sein. Die Gefahr ist dringend. Bei uns kann eine Zuckerfabrik höchstens 100 Tage arbeiten, in Kalifornien dagegen 5—6 Monate, denn so lange können dort Rüben bestellt werden. Diesen durch die Natur gegebenen Vorsprung kann unsere Produktion selbst bei ihrer vollkommenen Technik nicht einholen. Kalifornien hat 40,000,000 Acres Land, das überhaupt bestellt werden kann, aber nur die Bestellung von 1½ Millionen Acres Land gehört dazu, um den Zuckerbedarf von ganz Amerika zu decken. Außerdem wird jetzt in England und Rußland die Produktion erheblich gesteigert. Unsere Zuckerindustrie und der Inlandskonsum ist infolge der falschen Konsumsteuer erheblich zurückgegangen. Hätten wir die alte, bewährte Materialsteuer beibehalten, so würde unsere Zuckerindustrie heute noch gesund sein. Die Hoffnung, die Zuckerexportprämien durch eine internationale Verständigung abschaffen zu können, ist eine Illusion. Auf keiner internationalen Zuckerkonferenz ist das bisher gelungen und wird auch niemals gelingen. Jetzt hat Frankreich unsere bewährte Materialsteuer übernommen, und wir haben dafür die französische Steuer eingetauscht. Das Einzige, was auf nicht gesetzlichem Wege geschehen kann, ist die Erhöhung des Konsums im Inland. Da ist es denn sehr erfreulich, daß die Armeeverwaltung auf die Anregung des deutschen Zuckervereins Versuche angestellt hat, ob und in welchem Maße der Zucker zur Ernährung und Krafterzeugung beitragen könne. Der deutsche Zuckerverein hat der Armeeverwaltung 10 000 Centner zu Versuchen zugestellt. Die Versuche sind zufriedenstellend ausgefallen. Beim Zuckerverbrauch sind größere Marschleistungen erzielt worden. Der Zucker ist kein Genuß-, sondern ein Nahrungsmittel. Wir hoffen, daß die Leute, die die Wirkung des Zuckers beim Militär kennen gelernt haben, auch im späteren Leben seinen Gebrauch fortsetzen werden. Die Konsumsteuer ist ein Unding; wenn die Regierung am Zucker die Exportprämien spart, darf sie auch keine Konsumsteuer erheben. Mit dem Saccharin wird in der Bierbrauerei großer Mißbrauch getrieben. Es liegt eine offenbare Verhöhnung des Gesetzes vor. Ueber den Arbeitermangel werden wir uns bei der Interpellation Szmula näher aussprechen. Wie man aber zu einer Zeit, da die Landwirthschaft an dem größten Mangel an Arbeitern leidet, eine große **Kanalvorlage** einbringen kann, ist mir **unerfindlich.** (Beifall rechts.) Ich frage den Herrn Minister, ob er die Verantwortung für die Einbringung einer Vorlage in einem solchen Moment übernehmen kann. (Beifall rechts und im Centrum.)

Landwirthschaftsminister Frhr. **v. Hammerstein:**

Ich halte es nicht für erforderlich, über die Fleischfrage meine Erklärungen aus dem Reichstage hier zu wiederholen. (Zustimmung rechts.) In der Zuckerfrage bin ich mit Herrn v. Erffa völlig einverstanden, daß die Gefahr von Amerika in höchstem Maße vorhanden ist. Auch Kuba wird in den nächsten Jahren wieder viel Zucker exportiren. Und die Gefahr der kubanischen Konkurrenz ist jetzt viel größer als früher, da sich die rührigen und intelligenten amerikanischen Kapitalisten der Sache bemächtigt haben. Die Gefahr der Rübenzuckerproduktion in Amerika wächst immer mehr. Die Schilderung des Herrn v. Erffa trifft völlig zu. Allerdings ist unser Export nach Amerika um 2,4 Millionen Doppelcentner geringer als nach England, aber er bedeutet doch einen großen Bruchtheil unserer Produktion. Das einzige Mittel zur Abhilfe wird die Steigerung des Konsums im Inlande sein. Daß der Wille hierzu bei der Regierung vorhanden ist, kann wohl keinem Zweifel unterliegen. Die Steigerung des Konsums bei der Armee ist ins Auge gefaßt, da sich wirklich eine Steigerung der Marschleistung beim Gebrauch von Zucker ergeben hat. Auch bei der Schweinemast hat sich die Einwirkung des Zuckers bewährt, namentlich in Bezug auf die Quantität. Wenn nun das ausschließlich mit Hilfe von Zucker produzirte Fleisch auch in der Qualität den Vergleich mit dem anderen Fleisch aushält, dann steht dem Zucker eine ganz bedeutende Ausnutzung nach dieser Richtung bevor. Ich möchte im Anschluß an diese Mittheilung den Landwirthen den alten Grundsatz „Probiren geht über Studiren" ans Herz legen. Ueberlassen Sie nicht allein den landwirthschaftlichen Versuchsstationen, neue Erfahrungen zu sammeln! Probiren Sie selbst, und Sie werden sehen, daß die kleinen Ausgaben für solche Versuche sehr wohlthätig auf Ihren Geldbeutel einwirken! Der Mißbrauch des Saccharins ist mir bekannt; im Bundesrath sind Erwägungen über den Erlaß einer Verordnung im Gange, die den Uebelständen abhelfen wird. Ueber die Frage, wie ich zur Kanalvorlage stehe, will ich mich heute nicht äußern, ich will nur darauf hinweisen, daß alljährlich große Eisenbahnstrecken gebaut und dabei meist ausländische Arbeiter verwendet werden. Die Aufhebung der Zuckerprämien wäre vielleicht wünschenswerth, aber nur im Einvernehmen mit den anderen Zuckerländern zu erreichen. Vereinbarungen sind mehrfach in Aussicht genommen. Zur Hebung der Zuckererzeugung würde ich übrigens vor einer Minderung der Konsumsteuer nicht zurückschrecken. (Beifall.)

Abg. **v. Sanden** (natl.):

Auch meine Freunde erkennen die Nothlage der Landwirthschaft an, wir können aber Uebertreibungen nicht zustimmen und nicht so weit gehen wie die Herren Dr. Hahn, Freiherr v. Erffa u. s. w. (Die Ausführungen des Redners gehen der Journalistentribüne fast gänzlich verloren, da er ihr abgewandt und mit fast voller Wendung zum Ministertische spricht.) Redner spricht über das Anerbengesetz, die Veterinärgesetzgebung — wirke diese durchgreifend, werde die deutsche Landwirthschaft Deutschland selbst mit Fleisch versorgen können. Beabsichtigt sei dabei keine Preistreiberei. Die Preise für Schweine und Schweinefleisch seien in seiner Heimath vorübergehend zwar hoch gewesen und die Schweine begehrt, aber nur vorübergehend. Bei Rindfleisch sei dasselbe nicht der Fall gewesen. Der Lohnsatz für Fleisch sei in Deutschland noch günstiger als in manchen anderen Ländern. In der Unterstützung der Zucht von Vieh und Geflügel und der Fischerei könne mehr geschehen. Ebenso leide der Flachsbau. Der Landwirth könne Ausfälle schwerer ertragen als der Kapitalist. Die Herren auf der linken Seite hätten vermuthlich keine rechte Vorstellung von der Arbeit, die es koste, heute seinen Grundbesitz zu behaupten. Fehler seien von den ländlichen Genossenschaften gemacht, gewiß, aber das sei die Schuld Einzelner, nicht die der Organisation.

Abg. **Ehlers** (fr. Vg.):

Wir bewilligen das Ministergehalt und beweisen dadurch, daß wir es im Wohlwollen zur landwirthschaftlichen Verwaltung mit jeder Partei aufnehmen. (Heiterkeit.) Ich meine, wir können die Landwirthschaft auch unterstützen, ohne gerade uns gegenseitig große Rekriminationen vorzuwerfen. Die Parteien, die die Geschäfte des Hauses führen, scheinen keine Gelegenheit vorübergehen lassen zu wollen, uns arme Leute der Linken als Feinde der Landwirthschaft an den Pranger zu stellen. (Beifall.) Und doch haben auch wir stets anerkannt, daß es manchen Theilen der Landwirthschaft schlecht geht. Wir bestreiten nur die allgemeine Nothlage und wenden uns dagegen, daß nun alle Maßnahmen in den Gesichtswinkel der Noth der Landwirthschaft eingestellt werden. Freiherr v. Erffa meinte, der preußische Städtetag hätte die Fleischnoth gewissermaßen geleugnet. Hat er die einstimmig angenommene Resolution nicht gelesen? Darin ist ausdrücklich ausgesprochen, daß eine ausgiebige Fleischversorgung der Städte nicht aus den Augen gelassen werden dürfe, und daß wegen dieses Grundgedankens die Veterinärmaßregeln des Staates möglichst gemildert werden müßten. An einzelnen Produktionsstätten ist thatsächlich eine Fleischtheuerung und -Noth eingetreten, eine Gefahr für die Ernährung der ärmeren Bevölkerung. Ein Zusammenhang zwischen Vieh- und Fleischpreis wird hier zwar geleugnet, er besteht aber. Daß im Augenblick die deutsche Viehzucht wirklich zur Deckung des Fleischbedarfes im Stande wäre, ist doch